

António Reis

Revolution und Demokratisierung

Der Sturz der Diktatur am 25. April 1974 war das Werk der Streitkräfte, nicht der zivilen Opposition. Obgleich die Agonie des spätsalazaristischen Systems seit langem offensichtlich war, sorgte erst die ausweglose Situation des Kolonialkriegs, für die das Militär zum Sündenbock gemacht zu werden fürchtete, für den revolutionären Funken. Zwar hatte eine schwere Wirtschaftskrise, die von dem plötzlichen Anstieg der Erdölpreise auf dem Weltmarkt ausging und spürbare soziale Folgen zeitigte, Widerspruch sogar von Seiten der katholischen Kirche ausgelöst, aber selbst die Kommunistische Partei, die als einzige über einen organisierten Geheimapparat verfügte, war nicht in der Lage, ernsthafte Offensiven zu starten. Die am 19. April 1973 in Deutschland gegründete Sozialistische Partei, die aus der *Acção Socialista Portuguesa* (Sozialistische Aktion Portugals) hervorging, war im Ausland besser organisiert als zu Hause, wo sie sich darauf beschränkte, ihr neues Programm über ihre Untergrundpresse zu verbreiten. Die extreme Linke war in viele Fraktionen gespalten, die fast alle maoistisch ausgerichtet und auf das studentische Milieu begrenzt waren. Nur den Revolutionären Brigaden, die durch eine Spaltung der in Algerien ansässigen Patriotischen Front der Nationalen Befreiung entstanden waren, gelang es, mit einigen bewaffneten Aktionen gegen militärische Einrichtungen das Regime zu beunruhigen.

Die liberalen Oppositionsgruppen waren nach einem gescheiterten Treffen im Sommer 1973 unfähig, eine Organisation zu schaffen. Sie beschränkten sich darauf, ihre Meinung im *Expresso* und über die SEDES (Studiengesellschaft zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung) zu verbreiten. Der Einfluß anderer Presseorgane wie der von den Sozialisten beherrschten Tageszeitung *República* oder von *Seara Nova*, einer monatlich erscheinenden Zeitschrift mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren, in der Sozialisten und Kommunisten zusammenarbeiteten, war hingegen deutlich spürbar. Auch die fortschrittlichen Katholiken unternahmen einige gegen das Regime gerichtete Aktionen; die spektakulärste war 1972 eine Mahnwache gegen den Kolonialkrieg in der *Capela do Rato* in Lissabon, die zu Gefängnisstrafen und zur Entlassung einiger Teilnehmer aus dem öffentlichen Dienst führte.

Dennoch war man in den ersten Monaten des Jahres 1974 weit entfernt von einer dynamischen, politisch organisierten Bewegung wie in den Jahren 1958 oder auch 1969. Trotz der Streiks für höhere Löhne, die Anfang 1974 durch den starken

Anstieg der Inflationsrate auf fast 30 Prozent ausgelöst wurden, standen die Zeichen eher auf Beruhigung. Nicht die schwache zivile politische Opposition, sondern die Ausweglosigkeit des Kolonialkriegs und die daraus resultierende zunehmende Unzufriedenheit der Militärs führte in die Revolution – und machte die Einzigartigkeit des 25. April 1974 aus.

Im Gegensatz zu den bis dahin versuchten Staatsstreichen wurde der Putsch vom 25. April ausschließlich durch das Militär geplant und ausgeführt. Die Ausarbeitung des politischen Programms der sogenannten Bewegung der Streitkräfte (MFA) geschah ohne vorherige Absprache mit der zivilen politischen Opposition, obgleich die Bildung einer zivilen Übergangsregierung zur Vorbereitung von Parlamentswahlen und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen die Macht der Monopole zu den Hauptforderungen der Offiziere zählten.

Planung und Umsturz

Am 9. September 1973 kamen die oppositionellen Militärs in der Nähe von Evora unter dem Vorwand einer berufsständischen Veranstaltung zum ersten Mal zusammen. Das Ergebnis war ein von etwa 400 aktiven Offizieren unterzeichnetes Dokument, das eine kritische Auseinandersetzung mit den integralistischen Thesen darstellte, welche die Ultrarechten auf dem Kongreß der Kämpfer in Übersee im Juni 1973 in Porto aufgestellt hatten. Nur so ist zu verstehen, daß sich die Bewegung trotz des sukzessiven Nachgebens der Regierung Caetano hinsichtlich der Standesinteressen des Militärs gegenüber den ehemaligen Angehörigen der Milizen und trotz einer deutlichen Gehaltserhöhung nicht auflöste, sondern noch schneller politisierte.

Ab Anfang März 1974 schlossen sich die ehemaligen Milizangehörigen der Bewegung an und nahmen bereits an dem Treffen in Cascais am 5. März teil. Dort wurde ein erstes programmatisches Thesenpapier mit dem Titel „Die Bewegung, die Streitkräfte und die Nation“ verabschiedet. Ziel war immer noch, die Militärhierarchie und den Präsidenten der Republik dazu zu drängen, den politischen Forderungen nachzugeben. Aber die Zwangsversetzung einiger Führer der Bewegung und schließlich die Entlassungen von Spínola und Costa Gomes durch die Regierung beendeten die letzten Illusionen über die Möglichkeit eines legalen Regierungswechsels. Die Empörung über diese Entlassungen führte jedoch zu einer übereilten Aktion der Anhänger Spínolas: Am 16. März erhob sich das Regiment von Caldas da Rainha – gleichsam ein Test für die Verteidigungsbereitschaft der Regierung. Major Otelo Saraiva de Carvalho, der sich zusammen mit dem in der Zwischenzeit auf die Azoren versetzten Hauptmann Vasco Lourenço und dem für das politische Programm verantwortlichen Major Vítor Alves die Führung der Bewegung teilte, übernahm nun die Vorbereitung des Militärputsches.

Der Überraschungsfaktor sollte für den Erfolg der geplanten Operation entscheidend sein. Deshalb wurde die Falschinformation lanciert, vor dem Heeresministerium sei für den 2. Mai 1974 eine Demonstration der Offiziere geplant, während die politische Polizei sich vor allem auf die gewohnten Demonstrationen zum 1. Mai konzentrierte. Verteidigungsminister Silva Cunha gab später zu: „Zwischen dem 16. März und dem 25. April gab es keinerlei Informationen über das, was vorbereitet wurde.“

In genau dieser Zeit wurden das politische Programm und der Operationsplan fertiggestellt. Ersteres verlangte neben der demokratischen Umgestaltung die Abschaffung der Zensur, die Auflösung der politischen Polizei (PIDE), der *Legião* sowie der *Mocidade Portuguesa* und erlaubte die Bildung „politischer Vereinigungen“ als „mögliche Ausgangsbasis für spätere politische Parteien“. Der Operationsplan sah die Konzentration von Truppen aus verschiedenen Landesteilen in Lissabon vor, die Übernahme der Kontrolle über den Hörfunk und das Fernsehen, über den Flughafen und das Hauptquartier der Militärregion sowie die Verhaftung von Regierungsmitgliedern und des Präsidenten. Außerdem wollten sich die Mitglieder der Junta zur nationalen Rettung dem Land vor den Kameras des staatlichen Fernsehens (RTP) präsentieren.

Die Ausstrahlung zweier Lieder – *E depois do Adeus* um 22.55 Uhr am 24. April und *Grândola Vila Morena* um 0.25 Uhr am 25. April – signalisierte den Beginn der Operation „Ende des Regimes“. Ein in der Kaserne Pontinha installiertes Übertragungs- und Abhörsystem sicherte die Koordination der Operation. In den frühen Morgenstunden des 25. April wurden das Fernsehen und der *Rádio Clube Português* besetzt und die ersten Mitteilungen des MFA ausgestrahlt. Besetzt wurden auch die *Emissora Nacional*, das Hauptquartier der Militärregion von Lissabon, sowie der Flughafen. Um sechs Uhr morgens war der *Terreiro do Paço* unter der Kontrolle einer Einheit der *Escola Prática de Cavalaria* (EPC) von Santarém. Im ganzen Land bemächtigten sich der Bewegung angehörende Offiziere mit oder ohne Zustimmung der entsprechenden Kommandanten ihrer Einheiten. Die obersten Militärs wurden gezwungen, das Heeresministerium zu verlassen. Sie flüchteten sich in die Kaserne der Militärpolizei in Ajuda, die zusammen mit der *Cavalaria 7* die einzigen wichtigen regierungstreuen Einheiten darstellten.

Inzwischen deutete sich die Gegenoffensive der Regierung an, die eine Einheit der *Cavalaria 7* zum *Terreiro do Paço* schickte und über wesentlich mehr Waffen verfügte als die EPC. Hier erwiesen sich die Entschlossenheit und der Mut des jungen Hauptmanns Salgueiro Maia, der die Einheit der EPC von Santarém kommandierte, als entscheidend: Nachdem er die erste Abteilung der Einheit der *Cavalaria 7* zur Aufgabe überredet hatte, trat er gegen 10 Uhr morgens dem Brigadier, der die regierungstreuen Kräfte befehligte, entgegen. Dieser zögerte nicht und gab Schießbefehl. Aber niemand gehorchte ihm, und einige der Panzer stellten sich an die Seite von Salgueiro Maia. In diesem Moment wurde über das Gelingen des Putsches entschieden: Die Schwäche des Regimes und die moralische Überlegenheit der Revoltierenden wurden deutlich.

Maia verfügte sich anschließend zur Carmo-Kaserne, um Caetano zur Aufgabe zu zwingen. Die Reste der Regierungstruppen versuchten mit Hilfe der GNR und der Einsatzpolizei, Maia am Chiado und dem Camões-Platz aufzuhalten. Sie hatten jedoch keinen Erfolg, da sie nicht durch die Menschenmenge gelangten, die sich entgegen der Empfehlungen der Bewegung zwischen diesen Plätzen und dem Carmo versammelte. Als bald sahen sich die Regierungstruppen von Panzern aus Estremoz umstellt. Die GNR zog sich schließlich zurück, und die Angehörigen der *Cavalaria 7* schlossen sich der Bewegung an.

Zwischen 15.00 Uhr und 17.30 Uhr folgten gespannte Verhandlungen zwischen dem Kommandoposten des MFA in Pontinha sowie Hauptmann Maia auf der einen und Caetano auf der anderen Seite. Dieser zog es vor, Spínola zu kontaktieren, den er bat, zum Carmo zu kommen, um ihm die Macht zu übergeben. Nach dem Einverständnis des MFA akzeptierte Spínola. Caetano und die anwesenden Regierungsmitglieder wurden unter den Pfiffen der Menge in einem Panzer in die Kaserne von Pontinha gebracht. Am späten Nachmittag wurden auch die obersten Militärs verhaftet und die Übergabe von *Lanceiros 2* erzwungen. Um 18.40 Uhr strahlte RTP das erste freie Telejournal aus und verbreitete die Nachricht des MFA von der Aufgabe der regierungstreuen Truppen – eine Meldung, die das Radio 20 Minuten zuvor gesendet hatte.

Allerdings mußte noch die politische Polizei ausgeschaltet werden, die auf die Menschenmenge schoß, welche ihren Sitz belagerte. Dabei wurden vier Menschen getötet und zahlreiche verletzt. Am Morgen des 26. April ergab sich die PIDE, und erst in der folgenden Nacht wurden die politischen Gefangenen befreit.

In der Nacht vom 25. auf den 26. April entwickelten sich auch schon die ersten Auseinandersetzungen, in denen Spínola und seine Anhänger gegen die Offiziere standen, die die Operation zum Sturz des Regimes koordiniert hatten und sich als Führer der Bewegung sahen. Sie versuchten, sich des Kommandos zu bemächtigen, während Spínola sich weigerte, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in das kolonialpolitische Programm des MFA zu integrieren. Unterbrochen wurde diese Diskussion für die Präsentation der Junta vor den Fernsehkameras von RTP, nachdem Spínola auf Vorschlag von Costa Gomes zum Präsidenten gewählt worden war. In seiner Proklamation garantierte Spínola das „Überleben der Nation auf allen Kontinenten“ – ein klarer Widerspruch zum MFA-Programm. Spínola stellte alle vor vollendete Tatsachen, und nach einer langen Diskussion in den Morgenstunden wurde das Programm um 7.30 Uhr an die nationale und internationale Presse verteilt. Man wolle „die Fundamente für eine Politik in Übersee legen, die zum Frieden führt“, hieß es darin bezüglich der Kolonialfrage.

Die Meinungsverschiedenheiten, die sich schon bei den Vorbereitungstreffen, besonders in Cascais, gezeigt hatten, traten nun wieder in den Vordergrund. Der Wunsch nach einer Beendigung des Kolonialkrieges, der wichtigste Antrieb der Militärbewegung, bestimmte entscheidend den anschließenden politischen Prozeß. Dies war der Ausgangspunkt für die Niederlage der Gruppe um Spínola,

denn sein Vorschlag zur Lösung des Kolonialproblems garantierte nicht die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten. Die schnelle ideologische Radikalisierung vieler bis dahin kaum politisierter Militärs war unbestreitbar das Produkt dieser Auseinandersetzung; viele übernahmen nun die Vorstellungen der Befreiungsbewegungen, gegen die sie bis dahin gekämpft hatten. Das Trauma des Krieges führte in kurzer Zeit zur Ablösung des Kolonialmythos, an dessen Stelle eine antiimperialistische Ideologie trat.

Jahrzehntelange politische, ideologische und kulturelle Deformation und das Fehlen demokratischer Praxis hatten die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in einen Zustand der Unmündigkeit versetzt. In weniger als zwei Jahren versuchte man, Jahrzehnte europäischer Geschichte in einem Land zu verwurzeln, das gerade erst aus einem langen Zustand der Lethargie erwacht war und das die furchtbare Last einer beständigen wirtschaftlichen Rückständigkeit, großer sozialer Ungleichheit und enormen kulturellen Mangels trug.

Die Entwicklung nach dem 25. April

Der Beginn der Demokratisierung Portugals war zunächst von den internen Auseinandersetzungen der Militärs geprägt. Schon am 1. Mai 1974 aber wurde die Bedeutung der Volksbewegung und der Rolle der linken Parteien und Gewerkschaften deutlich, die sich der Anti-Spinola-Fraktion der Streitkräfte anschlossen, während das rechte politische Spektrum Spinola favorisierte. Nach dem 28. September 1974 versuchten die Kommunistische Partei (PCP) und ihre Verbündeten im MFA, die Politik gemeinsam zu bestimmen. So weckten sie den Widerspruch der Sozialisten (PS) und erstes Mißtrauen bei den gemäßigteren Mitgliedern des MFA, das sich besonders nach dem 11. März und vor allem nach dem 1. Mai 1975 vergrößerte, als die Absicht der radikalen Militärs und ihrer Parteiverbündeten deutlich wurde, revolutionären Veränderungen den Vorzug vor Wahlen zu geben.

Spinola ging aus der ersten Runde seines Kampfes mit der Führungsgruppe des MFA als Sieger hervor. Er konnte seine Position in der Kolonialfrage durchsetzen und nominierte umgehend Offiziere seines Vertrauens für das Kommando von Militär und Polizei. Die Tatsache, daß er dank Costa Gomes zum Präsidenten der Junta und deshalb auch zum Präsidenten der Republik gemacht wurde, erlaubte es ihm auch, als Ministerpräsidenten der Übergangsregierung einen seiner Vertrauten zu nominieren, den liberal-konservativen Adelino Amaro da Costa. Im Gegenzug sah er sich genötigt, bei der Zusammensetzung der Übergangsregierung nachzugeben und die Beteiligung der Kommunisten – vielleicht aus taktischen Motiven – an der Seite des MDP/CDE zu akzeptieren. Mit sechs von acht Ministern (drei vom PS, zwei vom PCP und einem vom MDP/CDE) besaß die Linke die Mehrheit im Ministerrat. Die Unterstützung der Bevölkerung, die sich bei den großen Massenkundgebungen des 1. Mai gezeigt hatte, kam darin zum Ausdruck. Um die

Führer des MFA besser kontrollieren zu können, entschied sich Spínola, sie in den Staatsrat – ein Organ mit provisorischer verfassungsgebender Gewalt – zu integrieren.

Die schnelle Neutralisierung des MFA war eine *conditio sine qua non* für Spínola, wollte er seine Strategie in der Kolonialfrage vorantreiben. Die Führer des MFA zeigten sich jedoch entschlossen, nicht auf eine aktive Einmischung in den Prozeß der Entkolonialisierung zu verzichten, um das definitive Ende der Feindseligkeiten zu garantieren, das schließlich das Hauptziel ihrer revolutionären Aktion gewesen war.

Freilich wurde das Land längst schon von einer unkontrollierbaren Welle politischer und sozialer Agitation überrollt; breite Bevölkerungsschichten kämpften für eine umgehende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für die Ausübung bisher vorenthaltener Rechte. Während die maoistische extreme Linke und vor allem der MRPP Parolen ausgaben wie: „keine Soldaten mehr für die Kolonien“, versuchten die Linksparteien ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu stärken. Der PCP eroberte Positionen in den Gewerkschaften und den Medien, und der MDP/CDE dominierte die Gemeindeverwaltungen. Spínola und Costa, die sich inzwischen ihrer mangelnden Regierungsautorität bewußt wurden, fürchteten einen unkontrollierbaren Linksruck. Deshalb planten sie ein Verfassungsreferendum bis zum 31. Oktober 1974 und gleichzeitig die Direktwahl eines Präsidenten. Dies hätte einen Aufschub der im Programm des MFA vorgesehenen Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung bis Ende 1976 bedeutet. Der Staatsrat, der der Position des Koordinationsausschusses des MFA nachgab, lehnte deshalb ab, und am folgenden Tag, dem 9. Juli, trat Costa als Regierungschef zurück. Seine Ersetzung durch Oberst Vasco dos Santos Gonçalves, Mitglied im Kontrollausschuß des MFA, bestätigte die wachsende Macht des MFA; er stellte acht von sechzehn Ministern der zweiten Regierung.

Der Prozeß der Entkolonialisierung bekam dadurch mächtige neue Impulse. Spínola sah sich gezwungen, ein vom Staatsrat am 27. Juli verabschiedetes Gesetz zu akzeptieren, welches das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und die Unabhängigkeit der Territorien in Übersee anerkannte. Offenbar erkannte der General nun die Undurchführbarkeit seiner Vorstellungen, die auf Ablehnung bei den Befreiungsbewegungen im Kampfgebiet gestoßen waren. Jedenfalls wurde ihm angesichts der Situation in Guinea, wo der Gouverneur Carlos Fabião schon mit dem PAIGC über einen Waffenstillstand verhandelte, und in Mozambique, wo die dort stationierten Truppen eine Beschleunigung der Entkolonialisierung forderten, die Notwendigkeit bewußt, den Realitäten Rechnung zu tragen. Nur in Angola war die militärische Situation noch unter Kontrolle, da die Freiheitsbewegung gespalten war und die weiße Bevölkerung eine gewisse Macht besaß.

In einer Fernsehrede verkündete Spínola, die anstehende Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit werde „in noch zu vereinbarender Form und Zeit“ geschehen. Er bestand also weiterhin darauf, im Entkolonialisierungsprozeß eine führende Rolle einzunehmen und begann nach Verbündeten zu suchen. Militäri-

sche Verbündete wurden allerdings knapp, nachdem am 12. Juli der linke *Comando Operacional do Continente (COPCON)* gegründet und Otelo Saraiva de Carvalho anvertraut worden war. Spinolas Rückhalt bei den Parteien war nun auf die extreme Rechte begrenzt, die der Entkolonialisierung noch immer mit völliger Ablehnung gegenüberstand und mit Spinolas Thesen nur aus taktischen Erwägungen sympathisierte.

Die von den Parteien der extremen Rechten geplante Manifestation der „schweigenden Mehrheit“ am 28. September 1974, die Spinola einen Vorwand zur Ausrufung des Notstands und zur Machtübernahme liefern sollte, konnte durch das gemeinsame Vorgehen des COPCON leicht unterlaufen werden. In der Nacht vom 27. auf den 28. September wurden die wichtigsten Organisatoren verhaftet, und auf Initiative des PCP errichteten linke Polizeikräfte Barrikaden auf den Zufahrtsstraßen nach Lissabon. Der Koordinationsausschuß des MFA verbot offiziell die Manifestation auf der *Praça do Império*.

Im Bewußtsein ihres Sieges gingen die Führer des MFA noch weiter, entließen die drei mit Spinola verbündeten Generäle der Junta und begrenzten zugleich die Macht des Präsidenten. Spinola versuchte, vom Staatsrat die Ausrufung des Notstands zu erreichen; er hatte jedoch keinen Erfolg. So blieb nur noch der Rücktritt, den er am 30. September in einer dramatischen Ansprache verkündete und dabei dem Kontrollausschuß des MFA die Verantwortung für Entkolonialisierung und Demokratisierung aufbürdete. Während der PCP und sein Verbündeter, der MDP/CDE, diesen Erfolg zur Stärkung ihrer Positionen im Staatsapparat und in den Medien nutzten, erinnerte der PS an das Versprechen des MFA, bis April 1975 freie Wahlen durchzuführen. Nachfolger Spinolas wurde General Costa Gomes. Dieser entwickelte eine vermittelnde Strategie, die zur Übereinstimmung mit dem Kontrollausschuß des MFA führte, der als der große Sieger aus der Krise vom 28. September 1974 hervorging.

Mit der Entscheidung für die Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit begann in der Führung des MFA eine Auseinandersetzung über die Gesellschaftsordnung, die in Portugal zu errichten sei: demokratischen Ordnungsvorstellungen, deren Vertreter eine nur vorübergehende Kontrolle durch das Militär vorsahen, stand ein sozialistisch-revolutionäres Gesellschaftsmodell unter Führung einer militärischen Avantgarde gegenüber. Während der PCP zunächst die Rolle des Schlichters bei sozialen Spannungen übernommen und eine aktive Intervention in dem militärinternen Konflikt vermieden hatte, ging er jetzt zu einem immer offensiveren Verhalten über und erforschte vor allem die Möglichkeit einer Allianz mit der Gruppe im MFA um Vasco Gonçalves, die sich teilweise ihren strategischen und ideologischen Optionen gegenüber aufgeschlossen zeigte. Gleichzeitig verstärkte die von der dritten Übergangsregierung veranlaßte Aufstellung von Wählerlisten den Einfluß der Parteien, die jetzt ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung der Massen erkannten und sich in unverzichtbare Verbündete oder in gefährlichere Opponenten der Militärs verwandelten.

Machtkampf im Vorfeld der Wahlen

Von Oktober bis Dezember 1974 organisierte sich der MFA als Kollegialsystem, über dem der sogenannte Rat der Zwanzig stand, der sich aus der JSN, dem Koordinationsausschuß, den fünf Ministern des Militärs der dritten Übergangsregierung und dem Kommandanten des COPCON zusammensetzte. Vervollständigt wurde dieser Oberste Rat durch die Delegiertenversammlung des MFA („Versammlung der Zweihundert“), die eine beratende Funktion hatte und in der die Linie Vasco Gonçalves' die Mehrheit besaß. Der Präsident der Republik verlor damit seine zentrale Machtstellung. Diese Umstrukturierung wurde von dem wachsenden Einfluß der Verteidiger eines marxistisch-kollektivistischen Modells begleitet, das von den Offizieren der 5. Division im Bulletin des MFA dargelegt und von der Armee unterstützt wurde. Die Nähe zum PCP wurde dabei immer deutlicher.

Die Mehrheit der Militärs der Bewegung des 25. April 1974 hingegen verteidigte jetzt einen unabhängigen sozialistischen Weg, den weder der PCP, dessen Führungsanspruch ihnen suspekt war, noch der PS bestimmte, der ihrer Meinung nach zu sehr von der europäischen Sozialdemokratie durchdrungen war. Daneben entstand eine Gruppierung, die sich aus Teilen wichtiger Operationseinheiten der Militärregion Lissabon um den COPCON und um Otelo bildete, die auf einen sozialistisch-populistischen, antibürokratischen und basisorientierten Weg setzte und Verbindungen zum *Partido Revolucionário do Proletário* (PRP) und zur *União Democrática Popular* (UDP) hatte.

Im Bewußtsein der wirtschaftlichen und sozialen Krise entschloß sich die dritte Übergangsregierung zu einigen großen Strukturreformen. Außerdem wagte sie einige Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Rechte der Arbeiter. Unter der Leitung des Ministers Melo Antunes wurde nun ein Ausschuß gegründet, der ein Programm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erstellte, das als Melo-Antunes-Plan bekannt wurde. Der Ausschuß favorisierte eine Mischwirtschaft und sah eine Staatsbeteiligung von 51 Prozent an den wichtigsten Industriebetrieben und Geldinstituten vor. Man plädierte für ein Bündnis zwischen der Mittelschicht und den Arbeiterklassen, gegen den radikalen Klassenkampf und für einen von den Supermächten unabhängigen Weg.

Die Diskussion über diese Vorschläge innerhalb der Regierung und des Rats der Zwanzig machte die ideologischen Differenzen innerhalb des MFA deutlich und führte zu einer Aufspaltung. Die Debatte schädigte das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik, der Rückzug von Investitionen und Kapitalflucht ins Ausland waren die Folge. Am 7. Februar 1975 wurde der Melo-Antunes-Plan verabschiedet, obwohl Vasco Gonçalves für radikalere Lösungen – wie die Verstaatlichung der wichtigsten Produktions- und Finanzsektoren – eintrat. Unterstützung dagegen kam aus den Reihen der *Confederação da Indústria Portuguesa* (CIP).

Parallel dazu fanden zwischen Oktober 1974 und Januar 1975 die Kongresse der wichtigsten politischen Parteien statt, um die Programme und Strategien für die

Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung festzulegen. Während PS und PSD ihre Programme überraschend nach links radikalisierten und Eingriffe des Staates in die Wirtschaft forderten, waren die Kommunisten vorsichtiger; die Forderung nach der „Diktatur des Proletariats“ tauchte in ihrem Programm nicht mehr auf. Die Bekanntmachung des Parteien- und Wahlgesetzes führte zu einer stärkeren lokalen Verankerung der wichtigsten Parteien, deren Anzahl sich vervierfachte. Am 9. Dezember 1974 wurde mit der Erstellung der Wählerlisten begonnen.

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung führten zu den ersten deutlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialisten und Kommunisten. Der PS beschuldigte den PCP, er benutze den MDP/CDE als sein Wahlinstrument. Die Kommunisten bezeichneten umgekehrt die Haltung des PS als „spalterisch“, und am 18. Januar 1975 äußerte ihr Vorsitzender Cunhal erstmals Zweifel am freien Charakter der Wahl – besonders in jenen Landesteilen, in denen seine Partei sich gegen die alten Machthaber verteidigen mußte. Im Februar begann eine Versammlung aus Delegierten des Rats der Zwanzig und der politischen Parteien mit der Ausarbeitung von Leitlinien zur Integration des MFA und seiner Organe in den Machtapparat. Hier kündigte sich die Dominanz der Militärs über die neue Regierung an. Es blieb ungewiß, ob der MFA sich als Motor der Revolution verstehen oder ob er sich darauf beschränken würde, über die Ausführung seines Programms zu wachen.

Auch in der Gewerkschaftsfrage kam es zu Auseinandersetzungen. PS und PPD mißfiel das Vorhaben des kommunistischen Staatssekretärs für Arbeit Carlos Carvalho, der eine Einheitsgewerkschaft plante und auf diesem Weg den Kommunisten eine beherrschende Rolle zuzuschreiben suchte. Der sozialistische Justizminister Salgado Zenha eröffnete mit einem Artikel und offenen Briefen im *Diário de Notícias* (10. und 11. Januar 1975) eine Kampagne für „gewerkschaftliche Einheit in Freiheit“ und wehrte sich gegen die Einrichtung einer Einheitsgewerkschaft auf dem Verwaltungsweg. Am 15. Januar veranstaltete der PS seine bis dahin größte Versammlung im überfüllten *Pavilhão dos Desportos* in Lissabon als Antwort auf die Massenversammlung der CGTP-IN am Vorabend. Der Rat der Zwanzig entschied sich schließlich nach einer langen Debatte für die Einheitsgewerkschaft. Zum ersten Mal reagierte der PS mit deutlicher Ablehnung auf eine Entscheidung des MFA und vollzog gleichzeitig eine Annäherung an die Gruppe um Spínola. Am 21. Januar verabschiedete die Regierung das Wahlgesetz und legte einen Wahltermin im April fest; auf diese Weise sollten die Sozialisten und Sozialdemokraten beruhigt werden, die mit ihrem Rückzug aus der Regierung gedroht hatten. Das Klima des Mißtrauens in der Regierung, besonders zwischen Kommunisten und Sozialisten und in der Führungsspitze des MFA, setzte sich fort. Die Anhänger Spínolas sahen jetzt den Moment gekommen, den am 28. September verlorenen Einfluß zurückzugewinnen. Erneut wurde in den Kasernen agitiert, und auch von Umsturz war die Rede.

Die Gruppe um Spínola verfolgte eine Doppelstrategie: einerseits setzte sie auf die Möglichkeit einer Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb des MFA

durch die bevorstehenden Wahlen: andererseits schloß sie auch einen Putsch nicht aus – als Präventivschlag gegen eine von den kommunistischen Militärs erwartete Operation. Parallel dazu reorganisierte sich die extreme Rechte, die in Spanien Anfang Januar ein Heer zur Befreiung Portugals (ELP) gründete, das gewaltsam vorgehen wollte und seine kritische Haltung gegenüber Spínola nicht verhehlte. In Portugal selbst erarbeitete eine Gruppe der Luftwaffe um Kaúlza einen Putschplan, der dem Informationsdienst des MFA bekannt wurde. Dort kalkulierte man, daß eine überstürzte Aktion rechter Militärs nicht nur leicht zu unterdrücken wäre, sondern auch als Vorwand einer Radikalisierung dienen könnte, und stellte eine Falle, indem man das Gerücht lancierte, COPCON und LUAR bereiteten sich darauf vor, etwa 500 Offiziere und 1 000 Zivilisten der Rechten zu liquidieren, das berüchtigte „Ostergemetzel“. Spanische und französische Geheimdienste verbreiteten das Gerücht, was Spínola endgültig überzeugte, sich der Gruppe Kaúlza de Arriagas und dem ELP anzuschließen. Der ELP allerdings zog sich aus Furcht vor einer Niederlage am 9. und 10. März zurück, während sich Spínola trotz der Skepsis ihm nahestehender Offiziere von der Gruppe Kaulza mitziehen ließ. Tatsächlich konnte der Operationsplan noch nicht einmal mit der garantierten Unterstützung entscheidender Einheiten wie den *Comandos* und der *Escola Prática de Cavalaria de Santarém* rechnen. Die Putschisten beschränkten sich auf die Bombardierung und Belagerung des RALIS, die Übernahme des Kommandos der GNR von Carmo und die Schließung des *Rádio-Clube Português* in Porto Alto, während die 5. Division die Bevölkerung mit Hilfe anderer Sender mobilisierte. Der Putsch scheiterte, Spínola und die Hauptverantwortlichen flüchteten mit vier Hubschraubern von Tancos nach Spanien. Die Ausrufung des Notstands, der Erlass einer neuen Verfassung und eine Volksbefragung mit dem Ziel, Spínola in Direktwahl zum Präsidenten der Republik zu machen, waren gescheitert. Von nun an war der Weg für die radikaleren Gruppen innerhalb des MFA frei, die diesen zur treibenden Kraft des Demokratisierungsprozesses machen wollten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern einer parlamentarischen Demokratie und jenen Militärs, die für Veränderung auf dem Wege der Revolution kämpften, eskalierten. Im Gegenzug für revolutionäre Maßnahmen, die auf institutioneller und auf wirtschaftlicher Ebene getroffen wurden, konnte aber eine Zustimmung zu den Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung erreicht werden.

In den berühmten „wilden Versammlung“ des MFA in der Nacht vom 11. auf den 12. März, bei der praktisch jeder erscheinen konnte, wurde in tumultartiger Atmosphäre die Säuberung des Militärs von den an dem Putsch beteiligten Offizieren beschlossen. Darüber hinaus einigte man sich auf die Institutionalisierung des MFA durch die Schaffung eines Revolutionsrates mit 25 Mitgliedern und auf eine Umstrukturierung der Versammlung des MFA, die nun, erweitert um Unteroffiziere und einfache Soldaten, 240 Mitglieder hatte. Die Gruppe der Gonçalvesisten sicherte sich in beiden Organen die Mehrheit, auch wenn ein Manöver zur

Entfernung einiger wichtiger Repräsentanten der moderaten unabhängigen Sozialisten nicht gelang. In der Folge wurde die Übergangsregierung umgeformt, so daß die Rückkehr des MDP/CDE und die Präsenz einiger Unabhängiger links vom PS gesichert war, um das Kräfteverhältnis zugunsten der Anhänger des Kollektivismus zu verändern. Die Regierung wurde nun zu einer Art Exekutivorgan des Revolutionsrates. Schließlich wurden auch die Verstaatlichungen durchgesetzt und der Melo-Antunes-Plan verdrängt. Während zur gleichen Zeit die Enteignung der Großgrundbesitzer vorbereitet wurde, fanden im Alentejo die ersten Landbesetzungen statt. Jetzt war der „Weg des Übergangs zum Sozialismus“ frei, von dem der Revolutionsrat am 11. April gesprochen hatte. Die Bevölkerung begann mit Unterstützung des COPCON mit der Selbstverwaltung von mehreren hundert Fabriken und der Besetzung leerstehender Häuser.

Dieser Dynamik konnte die bald anstehende Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung nur schaden. Dem Versuch, die Wahl zu annullieren, war jedoch dank der Opposition von Costa Gomes und den Gemäßigten kein Erfolg beschieden. Der Verfassungstext dagegen war von der revolutionären Linie des MFA beeinflusst. Der Revolutionsrat und die Versammlung des MFA sollten mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet werden. Aus taktischen Gründen unterwarfen sich PS, PPD und CDS diesen Forderungen. Sie waren überzeugt, daß die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung eine Möglichkeit schaffen würden, innerhalb kurzer Zeit den Einfluß der Militärs zurückzudrängen. Der Wahlkampf bedeutete schließlich für die politischen Parteien die große Gelegenheit, ihre Position zu stabilisieren und auszubauen. Tausende von Wahlveranstaltungen in allen Bezirken, unzählige Plakate, Fernsehen und Radio brachten die Botschaften unter die Bevölkerung, die zum ersten Mal frei wählen konnte. Aus Angst vor dem Einfluß der Kirche und der alten konservativen Eliten rief die 5. Division jene, die sich nicht für eine Partei entscheiden konnten, zur Abgabe eines leeren Stimmzettels als „Vertrauensvotum für den revolutionären Prozeß“ auf.

Das Wahlergebnis zeichnete allerdings ein Bild der politischen Situation des Landes, das sich sehr von den Wünschen der Radikalen im MFA unterschied: Nur 7 Prozent gaben einen leeren Stimmzettel ab oder enthielten sich der Stimme, der MDP/CDE blieb bei 4 Prozent, der PCP kam nicht über 12,5 Prozent. Gewinner war der PS mit 37,8 Prozent der Stimmen, der PPD belegte den zweiten Platz mit 26,4 Prozent. Viertgrößte Partei wurde der CDS mit 7,6 Prozent. Die extreme Linke erhielt fast keine Stimmen, nur die UDP stellte mit 0,7 Prozent einen Abgeordneten. Die Wahlbeteiligung war mit 91,2 Prozent außerordentlich hoch. Damit hatten die Portugiesen am 25. April 1975, genau ein Jahr nach der Revolution, ein klares Zeichen für die politische Zukunft des Landes gesetzt, das die bisherige Mehrheit des Revolutionsrates aber nicht akzeptieren wollte. Indem sie die Stimmen für den PS zu den Stimmen für die übrigen linken Kräfte rechnete, schloß sie auf die „feste Entschlossenheit des portugiesischen Volkes, in Richtung Sozialismus zu marschieren“. Diese Interpretation enthielt auch eine Aufforderung an den PS, sich für die radikal-revolutionäre Position zu entscheiden und sozialde-

mokratischen Tendenzen zu widerstehen. Der PS betonte jedoch seine Unabhängigkeit und Treue zu dem pluralistischen demokratisch-parlamentarischen Modell.

Erneute Krisen und Parlamentarisierung

Das Auseinanderbrechen des MFA und komplexe Bündniskonstellationen waren die Folge. Der Führungsanspruch des Militärs wurde durch das Wahlergebnis in Frage gestellt. Durch das Bestehen auf Unabhängigkeit verschärfte der PS die Widersprüche zwischen der gemäßigten und der radikalen Fraktion im MFA. Im Namen eines gemeinsamen militärischen Avantgardismus kam es zu recht merkwürdigen Allianzen zwischen der prokommunistischen Fraktion von Vasco Gonçalves und der anarcho-populistischen Fraktion von Otelo, wobei der PCP das Risiko einging, sich unterzuordnen. Die Mehrheit der Arbeiterklasse im Großraum Lissabon und das Landproletariat des Alentejo unterstützten einen vom PCP geführten Block. Auf der anderen Seite stand die Mehrheit des Bürgertums und der Kleinbürger, der Angestellten im Dienstleistungsbereich, der Bauern und der Arbeiterklasse in den übrigen Landesteilen, angeführt vom PS mit Unterstützung des PPD, des CDS und des MRPP.

Knapp eine Woche nach den Wahlen kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialisten bei der Veranstaltung zum 1. Mai, als Mário Soares von Führern der *Intersindical* (CGTP-IN) am Betreten der Bühne gehindert wurde. Dies war der Beginn der Feindseligkeiten zwischen dem PS auf der einen und dem Revolutionsrat und dem PCP auf der anderen Seite. Während am 19. Mai die Versammlung des MFA den PS kritisierte und PPD und PCP lobte, wurde der Fall der Zeitung *República* bekannt: eine mit der extremen Linken verbundene Arbeiterkommission hatte zusammen mit einem Direktor ihres Vertrauens eine Ausgabe publiziert, nachdem sie den Rücktritt des dem PS nahestehenden Direktors und der Redaktionschefs gefordert hatte. Die Setzer forderten das Recht, in die ideologische Orientierung des Blattes eingreifen zu können, was dem neuen Presserecht entgegenstand. Der PS beschuldigte den PCP der Mitschuld an dieser Aktion. Dem Minister für Medien, Kommandant Jesuino, gelang es nicht, die Setzer von ihrem Vorhaben abzubringen: die Räume der Zeitung wurden schließlich versiegelt. Aus Protest entschlossen sich die sozialistischen Minister, ihre Sitze im Ministerrat aufzugeben. Der COPCON allerdings ermöglichte den Setzern die Rückeroberung der *República*, und am 10. Juli gaben diese unter der Leitung eines inzwischen vom Revolutionsrat nominierten Oberst eine Ausgabe heraus.

Der PS, der in mehreren Sitzungen des Revolutionsrats vor der zunehmenden Einschränkung der Freiheiten, insbesondere in den Medien und bei den Gewerkschaften, gewarnt hatte, hielt nun weitere Gespräche für aussichtslos und zog sich aus dem Regierungsbündnis zurück; einige Tage später folgte ihm der PPD. Am 18./19. Juli veranstaltete der PS zwei Großdemonstrationen in Lissabon und Por-

to, auf denen Soares den Rücktritt von Vasco Gonçalves forderte und eine Reaktion der 5. Division provozierte, die jetzt eine Propagandaaktion „Kamerad Vasco“ zur Vermittlung zwischen Volk und MFA begann. Die katholische Kirche, der vom Revolutionsrat die Rückgabe von Radio Renascença verweigert worden war, nutzte ebenso wie die Rechtskonservativen die Gelegenheit, um den Widerstand des PS zu unterstützen. Letztere stifteten sogar zu Anschlägen auf Parteilokale der Linken im Norden und im Zentrum des Landes an.

Die gemäßigte Fraktion im MFA begriff nun, daß die Erhaltung der Einheit der Bewegung nicht mehr möglich war, so wie sie es noch im Juni mit der Ausarbeitung eines Kompromisses, dem *Plano de Acção Política* (PAP) versucht hatte. Dieses Dokument schrieb den Führungsanspruch des MFA als „überparteiliche Befreiungsbewegung des portugiesischen Volkes“ fest. Tatsächlich aber wurde von der Versammlung des MFA am 8. Juli ein Leitfaden verabschiedet. Die Gruppen um Otelo und Gonçalves setzten darin auf ein direktes Bündnis zwischen Volk und MFA durch überparteiliche Organisationen. Die Kommunistische Partei begegnete dieser Lösung reserviert, da sie fürchtete, an Einfluß zu verlieren. Das Dokument stand im Gegensatz zu dem Verfassungstext, der von den gewählten Abgeordneten ausgearbeitet worden war; die Verfassungsgebende Versammlung wurde dadurch sinnlos. Seit dem Beginn ihrer Arbeit war sie bevorzugtes Angriffsziel von Parteien und Militärs. Jetzt gab es keine Zweifel mehr, daß die Rückgabe der Macht an rechtmäßige, in freien Wahlen gewählte zivile Institutionen verhindert werden sollte.

Am 23. Juli löste Vasco Lourenço die Gegenoffensive aus. In einer Versammlung mit den Delegierten der Infanterie und der Heeresversammlung wurde der Rücktritt des Premierministers Vasco Gonçalves durchgesetzt und die Auflösung der 5. Division, die ihn unterstützt hatte, gefordert. Vasco Gonçalves erreichte die Gründung eines Direktoriums, das aus ihm selbst, Costa Gomes und Otelo bestand. Dort konzentrierte sich nun die Macht, die bisher der Revolutionsrat besaß. Die Gemäßigten im MFA weigerten sich jetzt, die Entscheidung zu akzeptieren. Die PS kritisierte den verfassungswidrigen Charakter des Direktoriums und forderte die Gründung einer Regierung der nationalen Rettung. Der gemäßigte Flügel veröffentlichte am 7. August das sogenannte „Dokument der Neun“ – (in Anspielung auf die neun Berater der Revolution), in dem er sich der Kritik der Sozialisten anschloß. Der „bürokratische Sozialismus“ des Ostens wurde ebenso wie die Sozialdemokratie abgelehnt und „ein nationales Projekt für den Übergang zum Sozialismus“ unter der Führung des MFA gefordert. Das Dokument verlangte die Ablösung der „Führungsmannschaft“ des MFA, die man für unglaubwürdig und regierungsunfähig hielt. Trotz der ablehnenden Haltung von Costa Gomes unterstützten bald darauf 80 Prozent der Offiziere diese Position. Vasco Gonçalves und Costa Gomes entschieden sich für die Suspendierung der Verfasser vom Revolutionsrat, erhielten dafür jedoch keine Unterstützung von Otelo.

In dieser Situation übernahm erneut das Militär die politische Initiative; die Unterstützung durch die konservativen Parteien und die katholische Kirche, bereite-

te den Weg für die Durchsetzung des gemäßigten Flügels im MFA. In einer Gegenoffensive der Neun versuchten sie, durch eine Allianz mit Otelo die Gruppe der Gonçalvesisten zu isolieren. Dieser hatte in einer dramatischen Flucht nach vorne die fünfte Übergangsregierung gebildet, die aber nur über unzureichende politische Unterstützung verfügte. Otelo verbot Vasco Gonçalves den Besuch der von ihm kommandierten Militäreinheiten und riet ihm nach der Rede, die Gonçalves am 18. August in Almada gehalten hatte, zu einer „sehr langen Ruhepause“. Am 25. August gab Costa Gomes schließlich dem Druck der Neun nach: nach dem Scheitern der Lösung mit Fabião ernannte er Pinheiro de Azevedo, Regimentschef der Marine, anstelle von Vasco Gonçalves zum Premierminister, der zum Befehlshaber der Streitkräfte nominiert wurde. Zwei Tage später umstellten Kräfte des COPCON die Kasernen der 5. Division – ein weiterer schwerer Schlag für die Fraktion der Gonçalvesisten, deren Unterstützung sich immer mehr auf die Marine beschränkte. Während der PCP die Annäherung an die extreme Linke suchte – Ausdruck dafür war der kurzlebige *Frente Unidade Revolucionária* (FUR) –, zeigte sich Mário Soares bereit, die Regierung Pinheiro de Azevedo zu unterstützen.

Nach der demokratischen Umgestaltung der Heeres- und Luftwaffenversammlung wurde in den ersten Septembertagen auch der MFA demokratisiert. Am 5. September sah sich die Versammlung des MFA in Tancos genötigt, die Beschlüsse zu ratifizieren, die den Gemäßigten im Revolutionsrat eine deutliche Mehrheit verschaffte. Der geschlagene Gonçalves verzichtete sogar auf eine Nominierung für den CEMGFA; das Bündnis zwischen den Neun und Otelo hatte zur Marginalisierung des prokommunistischen Sektors im MFA geführt.

Mit der Ausschaltung des gemeinsamen Gegners fand diese Allianz jedoch ein Ende. Die Neun versuchten, den erzielten Erfolg auszunutzen und ersetzten den Kommandanten der Militärregion Nord durch einen Mann ihres Vertrauens, Generalmajor Pires Veloso. Mit ihrer Beteiligung an der sechsten Regierung versuchten sie im Verbund mit dem PS gegen die ständige Mobilisierung der Kommunisten und der extremen Linken Front zu machen. Otelo und COPCON hielten nun den Moment für gekommen, die Vorgaben des berühmten „Leitfadens“ in die Praxis umzusetzen und die angekündigte „bewaffnete Volksmacht“ aufzustellen. Jetzt übernahm die extreme Linke die Initiative und versuchte, das Militär über den *Partido Revolucionário do Proletariado* (PRP) zu instrumentalisieren. Zur gleichen Zeit nährte sie in Allianz mit dem PCP vor allem durch die Arbeiterkommissionen im Großraum Lissabon ein permanentes Klima politischer und sozialer Agitation, das beispielsweise bei einer Protestaktion gegen Franco zur Plünderung der spanischen Botschaft führte. Die Gonçalvesisten schlossen sich aus taktischen Gründen Otelo und dem COPCON an. Die Kommunisten beteiligten sich weiterhin an der sechsten Regierung, unternahmen aber alles, um die Regierung zu lähmen und eine Neuformierung der politischen und militärischen Führungsspitze durchzusetzen. Ihre Furcht vor einem Putsch der Rechten nahm ständig zu.

Die Putschpsychose beider Seiten wurde permanent von den Medien genährt. Die Neun hatten bereits im August eine Gruppe gegründet, der Oberstleutnant

Eanes angehörte und die einen militärischen Interventionsplan vorbereiten sollte. Am 30. September wurden die mit COPCON verbundenen Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt, und am folgenden Tag enthüllte die Zeitung *O Século* einen „Plan der Hauptleute“, der zur Ablösung Otelos führen sollte.

Im Norden und auf den Inseln verübten Separatisten und rechtsextreme Gruppen Bombenanschläge. Gleichzeitig nahmen in Lissabon die Spannungen ständig zu. Der Demonstration des PS auf dem *Terreiro do Paço* zur Unterstützung der sechsten Regierung am 9. November folgte zwei Tage später die Belagerung des *Palácio de S. Bento* durch Bauarbeiter; diese brachten die Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung, den Premierminister und einen Teil der Regierung für fast 24 Stunden in ihre Gewalt. Für die Regierung bedeutete diese Aktion einen schweren Autoritätsverlust. Am 16. November, einem Sonntag, fand in Lissabon eine Großdemonstration statt, die von den Arbeiterkommissionen des Industriegürtels unter Beteiligung des Landproletariats aus dem Alentejo organisiert worden war. Diese Demonstration wurde von Otelo ausdrücklich unterstützt. Drei Tage später löste sich die Regierung selbst auf und forderte von Costa Gomes Garantien für eine Unterstützung der Militärs, um regieren zu können. Dieser weigerte sich, die militärischen Kommandos neu zu besetzen, da er die Auslösung eines Bürgerkriegs befürchtete.

In den Morgenstunden des 25. November besetzten Fallschirmjäger in einer Blitzaktion alle Luftbasen des Landes, mit Ausnahme von Cortegaça und des Kommandos der 1. Luftwaffenregion von Monsanto. Zwei Entscheidungen gingen dieser Aktion voraus: Der Revolutionsrat hatte es gewagt, Vasco Lourenço zum Kommandanten der Militärregion Lissabon anstelle von Otelo zu nominieren; Lourenço ließ bekanntmachen, daß er unverzüglich die mangelnde Disziplin einiger Einheiten beenden und die entsprechenden Kommandanten ersetzen werde. Die betroffenen Einheiten, die im COPCON vereint waren, widersetzten sich den Nominierungen, die aber in der Versammlung des Revolutionsrats am 24. November bestätigt wurden. Auf dieser Versammlung wurde auch die Auflösung der Fallschirmjägerschule in Tancos beschlossen, um die Befehlsverweigerung von Teilen dieses Bataillons zu beenden. Sie forderten den Rücktritt des Regimentschefs und des Kommandanten dieser Luftwaffenregion und der Revolutionsberater der Gruppe der Neun aus ihrer Abteilung. Der RALIS übernahm kurz darauf die Kontrolle über die Zufahrten der Autobahn nach Norden, aber im COPCON kamen Otelo erste Zweifel, er zog sich zurück. Die Gemäßigten und ihre Operationsgruppe sahen die Gelegenheit zur Ausführung ihres eigenen Plans gegen einen Staatsstreich gekommen und bezogen ihren Kommandoposten im Regimento de Comandos in Amadora. Costa Gomes versuchte noch, mit den Fallschirmjägern zu verhandeln, aber unter dem Druck der Gemäßigten, die ihm ihre operative Überlegenheit demonstrierten, rief er für den Großraum Lissabon den Notstand aus und gab so grünes Licht für die Aktionen zur Niederschlagung des Aufstands. Zugleich gelang es ihm, die gonçalvistischen Berater der Marine zu überzeugen, ein Eingreifen der Infanteristen zugunsten der Revoltierenden zu vermei-

den; Gruppen, die der Kommunistischen Partei nahestanden, löste er auf. Ohne Koordination wurden die Aufständischen schnell besiegt, die Fallschirmjäger aus Monsanto vertrieben und am folgenden Tag die Militärpolizei zur Aufgabe gezwungen. Am 27. November wurde COPCON besetzt, die Offiziere festgenommen. Auch in Tancos kapitulierten die Fallschirmjäger.

Die Haltung von Costa Gomes, der alles tat, um einen allgemeinen Konflikt zu verhindern, und von Otelo, der sich selbst des Amtes enthob und im letzten Augenblick die Aufständischen sich selbst überließ, erleichterte schließlich die Aufgabe der Gemäßigten und ihrer Operationsgruppe. Auch konnten so Absichten rechter Militärs verhindert werden, die hinter den Neun abwarteten, um die Linksparteien zu verbieten. Der 25. November war das Produkt einer überstürzten Aktion des linken Extremismus. Der Angriff der Kommunisten und Gonçalvesisten auf die Gemäßigten mußte mißlingen, da diese seit langem auf eine solche Situation vorbereitet waren. Von nun an blieben alle Hebel der Macht in den Händen dieser Gruppe, die ihre Mehrheit im Revolutionsrat durch die Ablösung von Otelo als Regimentschef der Marine noch vergrößerte.

Diese Ereignisse stellten nicht nur einen Triumph des gemäßigten Sektors im MFA dar, sie bedeuteten auch eine Einladung an konservative und rechtsgerichtete Kreise, Einfluß zurückzugewinnen und den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie ohne Kontrolle des Militärs oder zumindest mit nur begrenzter Einmischung des MFA zu erreichen. Deshalb waren die siegreichen Militärs nicht nur bemüht, sofort der rechten Dynamik Einhalt zu gebieten, sondern auch die Rolle des MFA als „Träger eines nationalen Projekts des friedlichen Übergangs zum Sozialismus“ zu retten, „an dem alle Parteien mitarbeiten“, inklusive der Kommunistischen Partei (Melo Antunes). Diese immer noch avantgardistische Konzeption des MFA mußte trotz des Respekts vor einem pluralistischen Parlamentarismus Vorbehalte und sogar Widerspruch bei den Parteien wecken, die einen westlichen demokratischen Parlamentarismus verteidigten und die Zeit gekommen sahen, die Grundlage des Verfassungsabkommens im Kontext eines nun völlig veränderten Kräfteverhältnisses zwischen politischen und militärischen Kräften neu zu verhandeln. Die Kompromißlösung, die in langen Verhandlungen zwischen dem 11. Dezember 1975 und dem 26. Februar 1976 gefunden wurde, eliminierte die Versammlung des MFA und reduzierte die Macht des Revolutionsrates. Außer der alleinigen Aufsicht über das Militär standen ihm nun nur noch beratende Funktionen zu. Den Parteien gelang es, ihren Einfluß als rechtmäßige Repräsentanten des Volkswillens geltend zu machen. Die gleichzeitige Reorganisation der Streitkräfte und die Wiedereinführung der militärischen Hierarchie minderten ebenfalls den Einfluß der Gruppe der Neun zugunsten konservativ ausgerichteter Offiziere. Am 2. April 1976 wurde schließlich die neue Verfassung verabschiedet – gegen die Stimmen des CDS. Das Modell einer pluralistischen, semi-präsidialen Demokratie beinhaltete rechtsstaatliche Garantien und legte die Regierung auf die Programme der in den Wahlen siegreichen Parteien fest.

Bei den ersten Wahlen am 25. April 1976 siegte wiederum der PS mit 35 Prozent der Stimmen, gefolgt vom PPD mit 24 Prozent. Der CDS überholte mit 16 Prozent der Stimmen den PCP, der auf Kosten des MDP immerhin noch 14 Prozent erreichte. Der MDP war damit nicht mehr im Parlament vertreten, während die UDP ihren einzigen Abgeordneten behielt. Die Wahlen bedeuteten die öffentliche Anerkennung der bedeutenden Rolle des PS für den Demokratisierungsprozeß. Der Staatspräsident wurde in direkter Wahl gewählt. Eanes, der auf Grund seiner Haltung am 25. November und bei der anschließenden Reorganisation des Heeres als Regimentschef die Unterstützung von PS, PPD und CDS erhielt, wurde am 27. Juni mit 60 Prozent der Stimmen gewählt, während Otelo mit der Unterstützung der extremen Linken und einem Teil der kommunistischen Wähler 16 Prozent erreichte. Eanes beauftragte Mário Soares mit der Regierungsbildung und akzeptierte die von diesem vorgeschlagene Minderheitsregierung.